

Kirche und Staat im Kanton Bern

Ein Rückblick

Der Streit zwischen Regierungsrat, jetzt Bundesrat Dr. Feldmann und Prof Karl Barth ist zu einem mindestens vorläufigen Abschluß gekommen. Die Berner Synode hat an ihrer letzten Tagung den Bericht des Synodalrates genehmigt, der, ohne die Gegensätze zu dramatisieren, klar die Stellung und Aufgabe der Kirche formulierte. Herr Dr. Feldmann ist unterdessen mit Ehren zum Bundesrat gewählt und damit der direkten Sorge um die Berner Kirche enthoben worden. Das mag der Moment sein, um aus dem Briefwechsel, der in der ganzen Schweiz und über die Grenzen hinaus die Gemüter bewegt hat, einige Ergebnisse festzuhalten.

Kriegsangst?

Man muß, um zu einer gewissen Klärung zu gelangen, alle persönlichen Momente, die sicher auch mitgespielt haben, beiseite lassen und Dr. Feldmann zubilligen, daß er als Regierungsrat sich gegen Barth gewandt hat aus der Sorge um den Schutz unseres Landes. Man kann an seiner Haltung feststellen, wie stark auch die Schweiz schon in den Bereich des «kalten Krieges» geraten ist. Die Abwehr eines drohenden Krieges bestimmt das Denken und Reden mindestens in den Kreisen, die die Verantwortung für die Regierung tragen. Zur Abwehr gehört nicht nur die militärische Aufrüstung, sondern auch die geistige Landesverteidigung, klare Front gegen den Feind von außen, der unsere Freiheit bedroht, und Zusammenschluß im Innern des Landes. Beides hat Dr. Feldmann an Prof. Barth vermißt, weil dieser nach außen allzu verständnisvoll über die Russen rede und im Innern durch seine «Intoleranz» gegenüber der freisinnigen Richtung den Frieden störe. Deswegen wirft ihm Dr. Feldmann «Desinteressement gegenüber den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staates» vor. Die teilweise begeisterte Zustimmung, die er mit seinen Vorwürfen in der Tagespresse gefunden hat, konnte einem nachdenklichen Leser klarmachen, wie sehr wir auch in der neutralen Schweiz bereits unter dem Druck des drohenden Krieges stehen.

Barths Nein zum Kommunismus

Nun wäre schon auf staatlichem Boden, ganz abgesehen zunächst vom kirchlichen Gesichtspunkt, zu fragen, ob diese Art der Abwehr einer freien Demokratie entspricht, wie wir uns ihrer als Schweizer rühmen. Barth hat ja mit keinem Wort die Demokratie angegriffen oder gar Sympathie für irgendeine Diktatur geäußert. Er hat nur nicht eingestimmt in den Haßgesang gegen Rußland, sondern zu behaupten gewagt, daß wir uns gegen den Vorstoß des Kommunismus nicht nur militärisch, sondern vor allem durch eine soziale Neuordnung wehren müssen: «Was in Rußland — sei es denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise — angefaßt worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist, und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch lange nicht energisch genug angefaßt haben: die soziale Frage. Ein christliches könnte unser westliches Nein zur dortigen Lösung dieser Frage doch wohl nur dann sein, wenn wir hinsichtlich dessen, was wir mit unserer westlichen Freiheit meinen und beabsichtigen, gerade in dieser Hinsicht ein besseres Gewissen hätten, wenn wir in einer auf humanerem Wege versuchten, aber ebenso energischen Beantwortung dieser Frage begriffen wären.» (Das steht auch in jenem vielzitierten Berner Vortrag «Die Kirche zwischen Ost und West», aus dem Barth ständig nur das beiläufige, sicher fragwürdige Kompliment an Stalin vorgehalten wird.)

Der unbequeme Karl Barth

An dem ganzen Streit ist eigentlich das das Betrüblichste gewesen, wie bedenkenlos die meisten Zeitungen, die sich sonst nicht genug für das freie Wort wehren können, diese Diffamierung Barths weitergegeben und womöglich noch verschärft haben. Dabei ist Barth immerhin kein hergelaufener Schwätzer und kein Söldling einer fremden Macht, wohl aber in dem Sinn unbequem, daß er nicht das sagt, was von oben her gewünscht wird. So hat es auch Schädelin

vor der Berner Theologischen Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen: «Es hat für unsereinen etwas Bedrückendes, zu sehen, wie mit einem Mann verfahren wird, dem man nicht nur persönlich Wesentliches verdankt, sondern der überall in der Welt, wo immer es Protestanten gibt, unzähligen den Weg zur Kirche und, was mehr ist, den Weg zur Bibel neu eröffnet und geebnet hat, wenn ich das, wofür wir ihm zu danken haben, in einer sehr einfältigen Weise ausdrücken soll. Und doppelt bedrückend zu sehen, wie es einer üblen diffamierenden Hetze, die nun schon seit vielen Jahren im Gange ist, gelungen ist, aus seinem Namen einen Popanz zu machen, so daß jeder Beliebige sich erlaubt, über ihn herzufallen, auch wenn er keine Zeile von ihm gelesen hat.» Es geht dabei nicht nur um die Person Karl Barths, sondern um die Geringschätzung einer selbständigen Ueberzeugung, die in all diesen Angriffen zum Vorschein kommt. Man will die Freiheit gegen die Diktatur verteidigen und läßt sich dafür von den Diktatoren Methoden aufzwingen, durch die man die Freiheit und damit die Abwehrkraft der Demokratie aufs schwerste gefährdet.

Toleranz der Kirche

Von einem kirchlichen Standpunkt ist leider in diesem Streit nur mit Vorbehalt zu reden, weil es eine einheitliche Stellungnahme von seiten der Kirche gar nicht gibt. Eine ganze Richtung, die freisinnige, hat sich vorbehaltlos auf die Seite des Kirchendirektors gestellt und seinen Vorwurf der Intoleranz kräftig unterstützt. Sie unterstützt damit auch die landesübliche Meinung, es gehe in der Kirche nur um persönliche Ueberzeugungen, die sich jeder nach seiner Art bildet und die er keinem andern aufzwingen soll, darum sei in der Kirche, so gut wie im Staat, Toleranz der oberste Grundsatz. Damit wird aber ein politischer Grundsatz unbesehen auf die Kirche übertragen und damit das Wesen der Kirche bedroht. Denn die Kirche hat einen Herrn und von ihm einen Auftrag, eine Botschaft, die sie der Welt auszurichten hat. Ihre erste Sorge muß dieser Botschaft gelten, daß sie nicht verändert oder gar verfälscht, sondern in ihrem vollen Gehalt erkannt und verkündigt werde. Als Christen können wir die Botschaft niemandem aufdrängen, dürfen sie aber auch nicht durch eine andere, dem modernen Menschen vielleicht eingänglichere Botschaft ersetzen lassen. Hier hat die Toleranz ihre bestimmte Grenze, auf die auch Schädelin nachdrücklich hinweist (Kirche und Staat im Kanton Bern. Ein Diskussionsbeitrag der Theologischen Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern, Verlag Lang & Cie., Bern): «Wie aber, wenn es eine Theologie gäbe, die darauf ausginge, die beiden bekannten Hauptgrundsätze der Reformation nicht etwa auszulegen, sondern sie in aller Form zu beseitigen, nämlich das Schriftprinzip sowohl als das Rechtfertigungsprinzip? Oder wenn sie dazu überginge, allerwichtigste Aussagen der Schrift über den Sinn des Evangeliums nicht auszulegen, sondern zu beseitigen, wie etwa die Messianität Jesu, die biblischen Aussagen über die Bedeutung des Kreuzes und der Auferstehung Jesu und vieles andere? Wir wollen dabei nicht wie fasziniert auf die Gegensätze hinstarren, in die wir dabei gestellt werden, sondern die uns gegebene Botschaft so anfangen und bejahend als möglich bezeugen. Wo es aber sein muß, dürfen wir auch den Kampf nicht scheuen, ungeachtet alles Wehge-

schreis aller begehren als Allerverkehrte diesem Kampf und über die mern würden nicht leicht, finden. Er mu chenglieder l Staates, Toler wehren. Aber in den Bereich eine der staa schreiben, sie und zu entko schaft zu ein zu machen, al wo alle Katze

Kirche

Wenn es auch und Staat im daran doch sichtbar geworhältnis von K der Schweiz n eines friedlich es immer wied Kirche und S gleichbleibende alles Menschli terworfen un stets wieder Staates ist in worden. Man

der Berner Theologischen Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen: «Es hat für unsereinen was Bedrückendes, zu sehen, wie mit einem Mann verfahren wird, dem man nicht nur persönlich Wesentliches verdankt, sondern der überall in der Welt, wo immer es Protestanten gibt, zähligen den Weg zur Kirche und, was mehr ist, den Weg zur Bibel neu eröffnet und geebnet hat, wenn ich das, wofür wir ihm zu danken haben, in einer sehr einfältigen Weise ausdrücken soll. Und doppelt bedrückend zu sehen, wie es durch eine üblen diffamierenden Hetze, die nun schon seit vielen Jahren im Gange ist, gelungen ist, aus dem Namen einen Popanz zu machen, so daß der Beliebige sich erlaubt, über ihn herzufallen, auch wenn er keine Zeile von ihm gelesen hat.»

geht dabei nicht nur um die Person Karl Barth, sondern um die Geringschätzung einer selbständigen Ueberzeugung, die in all diesen Angriffen zum Vorschein kommt. Man will die Freiheit gegen die Diktatur verteidigen und läßt sich dafür von den Diktatoren Methoden aufzwingen, durch die man die Freiheit und damit die Abwehrkraft der Demokratie aufs schwerste gefährdet.

Toleranz der Kirche

Von einem kirchlichen Standpunkt ist leider diesem Streit nur mit Vorbehalt zu reden, weil es eine einheitliche Stellungnahme von Seiten der Kirche gar nicht gibt. Eine ganze Richtung, die freisinnige, hat sich vorbehaltlos auf die Seite des Kirchendirektors gestellt und seinen Vorwurf der Intoleranz kräftig unterstützt. Sie unterstützt damit auch die landesliche Meinung, es gehe in der Kirche nur um persönliche Ueberzeugungen, die sich jeder nach seiner Art bildet und die er keinem andern aufzwingen soll, darum sei in der Kirche, so gut wie im Staat, Toleranz der oberste Grundsatz.

Damit wird aber ein politischer Grundsatz auf die Kirche übertragen und damit das Wesen der Kirche bedroht. Denn die Kirche hat ihren Herrn und von ihm einen Auftrag, eine Botschaft, die sie der Welt auszurichten hat. Ihre erste Sorge muß dieser Botschaft gelten, daß sie nicht verändert oder gar verfälscht, sondern in ihrem vollen Gehalt erkannt und verkündigt werde. Als Christen können wir die Botschaft niemandem aufdrängen, dürfen sie aber auch nicht durch eine andere, dem modernen Menschen vielleicht eingänglichere Botschaft ersetzen lassen. Hier hat die Toleranz ihre bestimmte Grenze, auf die auch Schädelin nachdrücklich hinweist (Kirche und Staat im Kanton Bern. Ein Diskussionsbeitrag der Theologischen Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern, Verlag Lang & Cie., Bern): «Wie aber, wenn es eine Theologie gäbe, die darauf ausginge, die beiden charakteristischen Hauptgrundsätze der Reformation nicht etwa auszulegen, sondern sie in aller Form zu beseitigen, nämlich das Schriftprinzip sowohl als das Rechtfertigungsprinzip? Oder wenn sie dazu überginge, allerwichtigste Aussagen der Schrift über den Sinn des Evangeliums nicht auszulegen, sondern zu beseitigen, wie etwa die Messianität Jesu, die biblischen Aussagen über die Bedeutung des Kreuzes und der Auferstehung Jesu und vieles andere? Wir wollen dabei nicht wie fasziniert auf die Gegensätze hinstarren, in die wir dabei gestellt werden, sondern die uns gegebene Botschaft so befangen und bejahend als möglich bezeugen. Wo es aber sein muß, dürfen wir auch den Kampf nicht scheuen, ungeachtet alles Wehge-

schreis aller sachlich Unbeteiligten, die nichts begehren als in Ruhe gelassen zu werden. Das Allerverkehrteste würde geschehen, wenn wir in diesem Kampf die Staatsgewalt zu Hilfe rufen und über die Intoleranz der andern vor ihr jammern würden.» Ganz sicher ist es für den Staat nicht leicht, die rechte Stellung zur Kirche zu finden. Er muß auf seinem Boden, und die Kirchenglieder leben auch auf dem Boden des Staates, Toleranz fordern und jeder Gewalttat wehren. Aber er muß sich ebenso davor hüten, in den Bereich der Kirche einzugreifen und ihr eine der staatlichen analoge Toleranz vorzuschreiben, sie «auch innerlich zu neutralisieren und zu entkonfessionalisieren, die frohe Botschaft zu einem Ineffabile (Unaussprechbaren) zu machen, also sie in jenes Reich zu verstoßen, wo alle Katzen grau sind» (Schädlin).

Kirche und Staat in der Schweiz

Wenn es auch in dem Streit zunächst um Kirche und Staat im Kanton Bern gegangen ist, so sind daran doch einige grundsätzliche Probleme sichtbar geworden. Es zeigt sich, daß das Verhältnis von Kirche und Staat auch bei uns in der Schweiz nicht endgültig geregelt ist in Form eines friedlichen Nebeneinanders, sondern daß es immer wieder nach einer neuen Lösung ruft. Kirche und Staat sind eben keine festen, sich gleichbleibenden Größen, sondern sie sind, wie alles Menschliche, dem ständigen Wechsel unterworfen und müssen darum ihre Aufgabe stets wieder neu erkennen. Der Bereich des Staates ist in unserer Zeit wesentlich erweitert worden. Man braucht nicht gleich vom totalen

Staat zu reden, sondern muß einfach feststellen, daß auch dem freiheitlich geleiteten Staat neue große Aufgaben erwachsen sind, nicht nur in der Verteidigung der Unabhängigkeit gegen außen, sondern auch in der Förderung der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens im Innern. Unsere leitenden Staatsmänner haben wahrhaftig heute ein reichliches Maß von Verantwortung zu tragen. Es ist darum nur verständlich, wenn sie erwarten, in dieser Verantwortung auch von den Vertretern der Kirchen unterstützt zu werden. Andererseits ist auch in der evangelischen Kirche ein neues Verständnis ihrer Aufgabe erwacht. Schädelin redet von einem «neuen Vertrauen, das uns zur eigenen Sache der Kirche, nämlich zur Heiligen Schrift und ihrer Botschaft geschenkt worden ist», von einem «Ruck zu einer innern Verselbständigung der Kirche aus ihrer eigenen Sache heraus». Das heißt keineswegs, daß der Kirche die politischen und sozialen Probleme deswegen gleichgültig geworden wären und sie sich in ihren eigenen Raum zurückziehen wolle. Im Gegenteil hat dadurch die Zusammengehörigkeit von Christengemeinde und Bürgergemeinde eine neue Bedeutung bekommen, wobei aber die Kirche immer aus der ihr auferlegten Verantwortung heraus redet und handelt und sich diese Verantwortung nicht von außen, vom Staat, vorschreiben läßt. So wenig sie dem Staat sein Tun vorschreiben kann, so wenig kann sie sich das Ihrige vom Staat befehlen lassen. Sie muß für sich diese Freiheit beanspruchen, die allerdings keine Selbstherrlichkeit ist, sondern Ausdruck der Gebundenheit an ihren himmlischen Herrn.

G. Wieser im «Kirchenblatt»